

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/023(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 12.07.2011	Altes Rathaus Hansesaal	16:30Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.06.11
- 4 Vorstellung des Projektes "Hierbleiben! - Unternehmen werben
Fach- und Führungskräfte"
BE: Herr Martin Hummelt
- 5 Informationen
- 5.1 Verkehrskonzept vor Grundschulen I0146/11
BE: FB 40
- 6 Anträge
- 6.1 Öffnung von Schuleinzugsbereichen A0058/11
- 6.1.1 Öffnung von Schuleinzugsbereichen A0058/11/1

6.1.1.1	Öffnung von Schuleinzugsbereichen	A0058/11/1/1
6.1.2	Öffnung von Schuleinzugsbereichen	A0058/11/2
6.1.2.1	Öffnung von Schuleinzugsbereichen - Punkt 1.	
6.1.2.2	Öffnung von Schuleinzugsbereichen - Punkt 2.	
6.1.3	Öffnung von Schuleinzugsbereichen	A0058/11/3
6.1.4	Öffnung von Schuleinzugsbereichen BE: FB 40	S0124/11
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Burkhard Lischka

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Lothar Tietge, i.V. für SR'n Biedermann

Stadtrat Torsten Hans, i.V. für SR Grünewald

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Sachkundiger Einwohner Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Sylvia Grützner

Beratende Mitglieder

Stadtrat Gregor Bartelmann, i.V. für SR'n Schumann

abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Ursula Biedermann

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Mario Grünewald

Beratende Mitglieder

Stadträtin Carola Schumann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 5 stimmberechtigten Stadträten fest (ab 16.35 Uhr 6 stimmberechtigte SR).

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.
Zum TOP 6 liegen Änderungsanträge vor.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.06.11

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.06.11 wird mit dem Abstimmungsergebnis **4 : 0 : 1** bestätigt.

4. Vorstellung des Projektes "Hierbleiben! - Unternehmen werben Fach- und Führungskräfte"

Herr Martin Hummelt stellt sich den Ausschussmitgliedern vor. Er erläutert das Anliegen der Initiative „Hierbleiben! – Unternehmen werben Fach- und Führungskräfte“. Am 18. November dieses Jahres findet ‚Das erste Job- und Recruitingevent in Magdeburg‘ statt (20.00 bis 22.00 Uhr im Kongress & Kulturwerk-fichte), Kontaktadresse ist die freshpepper eventfabrik in MD. Unternehmen werden aufgerufen, sich um Fach- und Führungskräfte zu bewerben und nicht umgekehrt. Die Abwanderung ist vor allem ein Problem für die regionale Wirtschaft.

Das Projektteam „hierbleiben!“ wirkt unterstützend bei den Vor- und Nachbereitungen sowie Durchführung des Job- & Recruitingevents. Ziel ist es, qualifizierte Fach- und Führungskräfte künftig stärker an die Region Sachsen-Anhalt zu binden und zum Hierbleiben zu motivieren. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, sich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und direkte Kontakte zu motivierten Fach-/Führungskräften zu knüpfen.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Hummelt für die Ausführungen und befragt die Ausschussmitglieder nach Meinungen zur vorgestellten Initiative „hierbleiben!“.

Stadträtin Dr. Hein fragt nach Unterschieden des Projektes zu anderen Angeboten. Herr Hummelt erklärt, dass es sich hier nicht um die Durchführung von Berufsmessen, sondern um das Aufzeigen offener Stellen in hiesigen Unternehmen handelt. Erfahrungsgemäß würden Fachkräfte selten den Weg über das Arbeitsamt gehen.

Der sachkundige Einwohner, Herr Mewes, möchte wissen, wie sich kleine und mittelständische Unternehmen am Projekt beteiligen können. Herr Hummelt: Es besteht die Möglichkeit, dass sich kleinere Unternehmen verschiedener Branchen an Gemeinschaftsständen präsentieren.

Herr Dr. Köhler, sachk. Einwohner, spricht das mögliche Risiko für Jungunternehmer an. Die Zielgruppe, so Herr Hummelt, sind Pendler oder Rückkehrer, die hier noch Kontakte haben und z. B. nach 3 oder 4 Jahren zurückkommen. Unternehmer erhalten Unterstützung durch die Kompetenzpartner.

Herr Stage, sachk. Einwohner, regt an, auch andere Zielgruppen anzusprechen und nach dem 18. November über die durchgeführte Veranstaltung zu berichten.

Herr Hummelt sagt zu, den Ausschuss entsprechend zu informieren und fügt an, dass nach seinen eigenen Erfahrungen viele Arbeitnehmer/-innen nicht umfänglich über Potentiale und Angebote von Unternehmen im Umfeld Bescheid wissen. An den Messen besteht freier Eintritt. Zur Frage des Stadtrates Hans nach den Kosten teilt Herr Hummelt mit, dass diese für das Basispaket 1.500,- EUR betragen (offene Veranstaltungsfläche).

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Hummelt, wie bereits angesprochen, die Ausschussmitglieder im Anschluss über die Annahme des Job- & Recruitingevents durch Unternehmen und interessierte Fachkräfte zu informieren.

5. Informationen

5.1. Verkehrskonzept vor Grundschulen Vorlage: I0146/11

Frau Andrae, FB 40, bringt die Information ein und weist darauf hin, dass diese als Zwischenbericht zur Situation von Grundschulstandorten gedacht ist. Im Ergebnis haben 14 Schulen auf das Schreiben des FB 40 zum Verkehrskonzept mit einer Rückmeldung reagiert.

An den meisten Grundschulen ist die Verkehrssituation geregelt, auch durch Verkehrshelfer. Jedoch kann die angespannte Situation durch das morgendliche Parken der Eltern vor den Einrichtungen nicht verhindert werden.

Stadträtin Dr. Hein verweist auf das Einrichten von Tempo 30-Zonen, dort wo es verkehrstechnisch möglich ist.

Herr Polzin, zuständiger Mitarbeiter im Amt 61, teilt hierzu mit, dass es sich um Tempo 30-Abschnitte handelt (Tempo 30-Zonen unterliegen einer anderen Rechtslage). Es muss jede Schule aufgrund ihrer besonderen Lage individuell betrachtet werden. Zum Beispiel wird die Ampelanlage vor der Grundschule „Am Westernplan“ im Zuge der Sanierung verlegt und optimiert werden. Es ist noch nicht grundsätzlich beurteilt, ob Tempo 30 zeitweise (nachts oder an Wochenenden nicht) gilt.

Stadtrat Lischka erfragt Vor-/Nachteile der Tempo 30-Abschnitte. Herr Polzin: Es ist zu klären, ob die Straßenabschnitte hierfür geeignet sind. Wenn es kein Lärmproblem gibt, sind Sicherheiten schon durch Mittelinseln und Ampelanlagen gegeben, die in der Regel durch die Kraftfahrer beachtet werden; auch Radwege grenzen optisch ab.

Stadtrat Schindehütte erläutert die Situation vor Kindereinrichtungen am Beispiel Sohlen/Beyendorf (Tempo 50-Regelung); bauliche Veränderungen sind lt. Nachfrage beim Amt 66 nicht so einfach umzusetzen. Verursacher von Gefahrensituationen sind häufig Eltern, die vor Schulen im Halteverbot stehen.

Stadträtin Dr. Hein fragt, warum es kein Tempo 30 vor der Grundschule „Stormstraße“ gibt; hier sollte nochmals kontrolliert werden; sie bittet um einen Zwischenbericht.

Herr Polzin: An der B 1 befinden sich keine Zugänge zur GS Stormstraße, es erfolgt jedoch nochmals eine Überprüfung. Überprüft werden insgesamt 37 Schulstandorte, was sehr aufwendig ist. Dazu kommen evtl. noch 10 Förderschulen. Herr Polzin erläutert kurz die bisherige Arbeitsweise der AG Schulwegsicherung.

Stadtrat Canehl hält es für sinnvoll, am Schulstandort Westring (GS und IGS) Verkehrshelfer einzusetzen. Des Weiteren sollte am Bordstein ein Trenngitter wie an der Weitlingstraße angebracht werden, damit an der Stelle nicht gehalten wird.

Der Ausschuss BSS nimmt die Information I0146/11 zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Öffnung von Schuleinzugsbereichen Vorlage: A0058/11

Der Ausschussvorsitzende gibt zusammenfassend die vorliegenden Änderungsanträge zum Antrag 0058/11 (Ursprungsantrag) bekannt.

Herr Krüger, FDL 40, fasst den Sachstand – Öffnung Schuleinzugsbereiche – aus Sicht der Verwaltung zusammen. Die Verwaltung spricht sich gegen eine Öffnung von Schuleinzugsbereichen aus.

Stadträtin Dr. Hein begründet, auch mit Blick auf die Schülerbeförderung, warum sie die Stellungnahme der Verwaltung nur teilweise nachvollziehen und dieser zustimmen kann. Es müsse gleiches Recht für alle Kinder und Eltern geben. Aufnahmeverfahren an den Schulen sind ihres Erachtens nicht möglich.

Der FBL 40 hält an den Sekundarschulen (z. B. Sek. Leibniz) ein Auswahlverfahren aufgrund der Kapazität (nur zweizügig) für notwendig. Für die Verwaltung besteht eine Unsicherheit, weil nicht bekannt ist, für welche Schule sich die Eltern entscheiden.

Stadtrat Schindehütte vermisst in der Stellungnahme der Verwaltung das Aufzeigen von Lösungen. Die Verwaltung hätte sich beispielsweise bei anderen Bundesländern erkundigen können. Er schätzt ein, dass es keine größere ‚Wanderbewegung‘ in der Schullandschaft geben wird und daher eine Öffnung ermöglicht werden sollte.

Stadtrat Lischka hält fest, dass die Verwaltung sich in der Stellungnahme klar positioniert hat.

Herr Krüger erklärt, dass die Stadt sich nicht an anderen Bundesländern bzw. Städten orientieren kann, z. B. gibt es in Rostock keine Schulbezirke und nur für Förderschulen einen Beförderungsanspruch. Der Stadtrat hat sich nach sehr langen Diskussionen für den Erhalt möglichst vieler Schulstandorte entschieden. Das führte dazu, dass fünf Sekundarschulen nur zweizügig entwickelt werden konnten. Diese ‚kleinen‘ Standorte wurden ebenfalls saniert. Sie können jedoch nur sehr geringe ‚Schwankungen‘ der Schülerzahlen abfangen. Sekundarschulen mit besonderer Ausrichtung, wie aktuell die Bildung von zunächst einer Profilklassen an der Sek. Linke, können auch ohne Öffnung der Schulbezirke bestehen.

Stadtrat Canehl unterstreicht, dass es um den Wettbewerb zwischen den Schulen und damit um die Qualitätsverbesserung an den Schulen geht, z. B. entstehen freie Sekundarschulen. Die Genehmigungsbürokratie der Antragstellung auf Ausnahmeregelung werde vermutlich nur von bildungsnahen Familien genutzt. Er ist dafür, dass, wie in Niedersachsen, die Schülerbeförderung nur bis zur nächstgelegenen Schule gewährt wird und es darüber hinaus keine Bezuschussung zur Beförderung gibt. Zumindest für die Sekundarschulen spricht sich Stadtrat Canehl für eine Öffnung aus.

Stadträtin Dr. Hein: Es darf hier keinen übermäßigen Verwaltungsaufwand geben. Eine klare Aussage zur Anzahl der Schüler (Kapazität) liegt sowieso vor. Darüber hinausgehende freie Plätze könnten angewählt werden. Mit unproblematischen Regelungen kann eine Lösung erzielt werden. Alle bisherigen Sanierungen sind unter anderen Voraussetzungen geplant worden.

Der sachk. Einwoher, Herr Mewes, schließt sich der Meinung der Stadträtin Dr. Hein an und erinnert daran, dass die vorgebrachten Argumente sich fast nicht von denen vergangener Jahre unterscheiden. Er spricht sich für die Änderung gem. A0058/11/2, Pkt. 1. aus.

Herr Krüger, FBL 40, teilt nicht die Ansicht hinsichtlich der Notwendigkeit von Wettbewerben; entscheidend und wichtig sind die Lerninhalte. Nicht nur ‚bildungsnahe‘ Eltern stellen Anträge auf Ausnahmeregelung beim LVwA. Im gymnasialen Bereich zählt erfahrungsgemäß nur teilweise die Ausrichtung des Gymnasiums, oft ist bei der Wahl der Schulweg ausschlaggebend. Bei Kapazitätsschwierigkeiten greift das Losverfahren.

Am Beispiel der damals mit Ratsbeschluss geschlossenen Sek. M. Gorki zeigt Herr Krüger auf, wie sich möglicherweise die Situation an der GS Westring jetzt dargestellt hätte.

Herr Stage, sachk. Einwohner, trägt die Meinung des FBL 40 nicht mit. Er nennt als positives Beispiel die Ganztagschule in Wolmirstedt (Gutenbergschule). Die Sekundarschulen sollten gestärkt werden und sich profilieren, wie z. B. die Sek. Linke. Er spricht sich für die Öffnung der Einzugsbereiche aus.

Stadtrat Lischka führt bezogen auf die Meinung Herrn Stages an, dass bei der Öffnung von Schuleinzugsbereichen aber auch ehrlich gesagt werden müsse, dass eine oder auch zwei Schulen dafür schließen werden. Es wurde sich klar für eine Sanierung der Schulen entschieden. Nach seiner Meinung ist nicht nur durch den Wettbewerbsgedanken ein gutes Schulprofil zu erreichen.

Stadträtin Dr. Hein teilt die Ansicht der Wettbewerbsführung nicht. Bei der Sek. Linke kann es nicht gewollt sein, dass nur im Schulbezirk wohnende Schüler Zugang zu Profilklassen haben. Es wäre sinnvoll, wenn die Schule auch von Schülern mit bestimmten Interessen angewählt werden kann. Eine moderate Öffnung könnte möglich sein, aber dazu müsste sich das Land positionieren.

Herr Krüger hält fest, dass er nicht gegen die Profilierung von Schulen ist. Verschiedene Schulen leisten dies bereits und es funktioniert, zumal auch Anträge vom LVwA bewilligt werden.

Stadtrat Canehl: An den IGS melden sich in der Regel mehr Schüler an als Plätze zur Verfügung stehen. Die Schüler müssten auch zwischen den Sekundarschulen wählen können, selbst bei Gefahr der Schließung einer Schule. Bei den Eltern zählen Kriterien wie Umfeld, Konzepte oder Sanierungsstand.

Herr Krüger: Eine Profilierung aller Sekundarschulen kann nur hilfreich sein, auch ohne Öffnung der Schuleinzugsbereiche. Die Profilierung führt nicht zur Schwächung der Schule, sondern es stärkt sie. Er appelliert, die Aufhebung der Bereiche nicht zu beschließen.

Stadtrat Schindehütte führt an, dass jetzt fast alle Schulen der Stadt saniert sind. Es könne sich keine Stadt leisten, sanierte Schulen zu schließen. Nach seiner Meinung könnten auch Schulen mit etwas weniger Schülern mit Hilfe des Landes erhalten bleiben. Hier müsse mit dem Land nochmals das Gespräch gesucht werden z. B. über das Floatingmodell.

Herr Krüger ist erstaunt darüber, dass im Ausschuss BSS wirklich Meinungen existieren, wonach Schulen geschlossen werden könnten. Bisher hat sich der Ausschuss BSS und auch der Stadtrat anders positioniert.

Abstimmungsergebnis A0058/11: **4 : 2 : 0**

6.1.1. Öffnung von Schuleinzugsbereichen
Vorlage: A0058/11/1

Abstimmungsergebnis A0058/11/1: **4 : 2 : 0**

6.1.1.1. Öffnung von Schuleinzugsbereichen
Vorlage: A0058/11/1/1

Abstimmungsergebnis A0058/11/1/1: **1 : 4 : 1**

6.1.2. Öffnung von Schuleinzugsbereichen
Vorlage: A0058/11/2

A0058/11/2: Einzelabstimmung der Punkte 1. und 2.

6.1.2.1. Öffnung von Schuleinzugsbereichen - Punkt 1.

Abstimmungsergebnis A0058/11/2, Punkt 1: **6 : 0 : 0**

6.1.2.2. Öffnung von Schuleinzugsbereichen - Punkt 2.

Abstimmungsergebnis A0058/11/2, Punkt 2: **4 : 0 : 2**

6.1.3. Öffnung von Schuleinzugsbereichen
Vorlage: A0058/11/3

Abstimmungsergebnis A0058/11/3: **1 : 3 : 2**

6.1.4. Öffnung von Schuleinzugsbereichen
Vorlage: S0124/11

Die Stellungnahme der Verwaltung S0124/11 wird **zur Kenntnis** genommen.

7. Verschiedenes

- Stadtrat Canehl hinterfragt, bezogen auf einen Artikel in der Volksstimme, wieso sich die Stiftung St. Johannis (Standort Peter-Paul-Straße) bei der Stadt (BM und OB) bedankt für die finanzielle Unterstützung in von Höhe von 60.000 EUR, damit der Ausbau der Trilingualen Grundschule abgeschlossen werden kann, weil die Finanzen nicht mehr ausgereicht haben. Er bittet hierzu um schriftliche Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Schindehütte fragt in diesem Zusammenhang, wie die Stadt darauf einwirken kann, dass freie Träger die Fördermittel entsprechend des Bescheides verwenden. Der FBL 40 wird hierzu auf der nächsten Sitzung berichten.

- Stadtrat Schindehütte erkundigt sich nach der Verfahrensweise hinsichtlich eingeladenener Gäste zu schulischen Veranstaltungen. Zu einer kürzlich stattgefundenen Veranstaltung im Hegelgymnasium waren keine Stadträtinnen und Stadträte eingeladen. Stadtrat Canehl schlägt vor, dass seitens des FB 40 hierzu der Schulleiter befragt wird. Herr Krüger erläutert, dass die Schulen die Autonomie haben und die jeweiligen Einladungen selbst verschicken.

- Herr Krüger informiert den Ausschuss aufgrund von Anfragen zu den Öffnungszeiten der Bäder, speziell des Carl-Miller-Bades, sowie über Besucherzahlen und zusätzliche Personalkosten durch verlängerte Öffnungszeiten an hochsommerlichen Tagen. Ab 17.00 Uhr, so Herr Krüger, nehmen erfahrungsgemäß die Besucherzahlen ab und an einzelnen Tagen ist ohnehin bis 20.00 Uhr geöffnet. Stadtrat Lischka fügt an, dass aber auch jene Gäste, die bereits im Bad sind, bei Bedarf an den heißen Tagen länger bleiben könnten. Stadtrat Schindehütte spricht sich gegen zusätzliche Kosten durch verlängerte Öffnungszeiten aus und weist auf das Prinzip der äußersten Sparsamkeit hin. Stadtrat Canehl bittet die Verwaltung, nochmals alle Besucherzahlen und –zeiten zu untersuchen.
- Die erste Sitzung nach der Sommerpause findet gem. Plan am 30. August (16.30 Uhr) im Alten Rathaus, Hansesaal, statt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner
Schriftführerin